

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Alltanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burghardtswalde, Grotzsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühdorf, Kautsch, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Miltig-Roigsch, Ranzig, Reutkirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pöhrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roigsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsborn, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropp, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 7.

Donnerstag, den 15. Januar 1903.

62. Jahrg.

### Bekanntmachung.

Donnerstag, den 15. Januar d. J., Nachmittags 6 Uhr.

### Öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Die Tagesordnung hängt im Rathhause aus.  
Wilsdruff, den 14. Januar 1903.

Der Bürgermeister.  
Sahlenberger.

### Politische Rundschau.

Vom Kaiserhofe. Der Kaiser, der Tags zuvor beim sächsischen Gesandten in Berlin vorfuhr, suchte am Dienstag Vormittag den Reichskanzler auf. Später hörte der Monarch im Schloß Militär- und Marinevorträge. — In Rom erwartet man den Besuch des Kaisers in der Zeit vom 10. bis 20. Mai. Ferner heißt es, König Viktor Emanuel werde mit seinem Gaste der herrlich gelegenen Benediktinerabtei Monte Cassino einen Besuch machen. Ob die Fürsten etwa auch noch Neapel besuchen werden, darüber wird zwar viel geredet, aber abgemacht ist noch nichts. — Die verstorbenen Baronin Cohn, Tochter des einstigen Postkanzlers Kaiser Wilhelm's I., hat nach einer Meldung der Tgl. Ndsch. aus Dessau dem Kaiser 2 Mil. M. vermacht.

Prinz Johann Georg von Sachsen, der zweite Sohn des Königs Georg, ist zu einem kurzen Besuche am kaiserlichen Hofe in Wien eingetroffen.

Deutscher Reichstag. Seit Dienstag ist das hohe Haus wieder zu üblichem Thun versammelt. Die erste Sitzung nach den Weihnachtsferien leitete Präsident Graf Ballokreim damit ein, daß er den Herren ein gutes neues Jahr wünschte. Auf der Tagesordnung standen zwei von der ehemaligen Zolltarifkommission gestellte Beschlüsse, deren einer von der Regierung Untersuchung der Frage wünscht, inwieweit die Tabakbesteuerungs-Vorschriften im Interesse der kleineren Tabakbauern vereinfacht werden können. Abg. v. Deyl (nll.) befragte diesen Antrag, den der nächste Redner, Abg. Ehrhardt (südd. Volksp.), nur ein „Berlegenheitsplaster“ nannte. Das Richtige wäre, die ganze Inlandstabaksteuer abzuschaffen. Die jetzige Steuererhebungsweise sei so belästigend, als habe man es bei den Tabakbauern mit lauter Spitzduben zu thun. Abg. Frese (frz. Berg.) wünschte vor Allem, daß die Tabakindustrie künftig mehr von der Beunruhigung durch Steuererhebungspläne verschont bleibe. Unterstaatssekretär v. Fischer erklärte, die Reichsregierung werde dem Antrage stattgeben und auch sonst die laut gewordenen Wünsche prüfen. Abg. Deinhard (nll.) trat für den Antrag ein, Abg. Geyer (Soz.) wendete sich gegen Vollerhebungs-Bestrebungen, Abg. Köstke (Vd. d. Landw.) hielt einen höheren Schutz der Tabakbauern für unerlässlich. Nach einigen weiteren Bemerkungen wurde der Antrag einstimmig angenommen. Mittwoch die übrigen Anträge zum Zolltarif.

Die Eröffnung des preussischen Landtages fand im Weißen Saale des Berliner Schlosses in einfacher Form statt in Anwesenheit des Staatsministeriums und etwa 150 Mitgliedern beider Häuser. Die Polen fehlten ganz. Ministerpräsident Graf Bülow verlas die Thronrede, die schweigend angehört wurde. Zum Schluß brachte der Präsident des Herrenhauses Fürst Bied das Königs-

hoch aus.  
Der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, v. Wangenheim, hielt in der schlesischen Provinzialversammlung des Bundes eine Rede, in der er ausführte, den Bundesregierungen vertraue der Landwirth den Schutz seiner Interessen nicht mehr an. Der Bevorzugung der Industrie sei entgegenzutreten. Der Freisinn sei heute nicht mehr das kleinere Uebel, gegen die Sozialdemokratie gehalten, sondern das größere, das zeige die Verdrängerung der freisinnigen Vereinigung mit den Sozialdemokraten. Wenn Freisinn und Sozialdemokratie in Stichwahl kämen,

sollte man sie ruhig sich raufen lassen. Zu einem Bruche mit den Konservativen es kommen zu lassen, dazu werde er der Letzte sein, aber eine governementale Partei dürfe die konservative nicht mehr sein.

Der Vorstand des nationalliberalen „Reichsvereins“ in Dresden hat die Mittheilung des „B. T.“, genannter Verein habe in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung beschlossen, sich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen passiv zu verhalten, eventuell aber für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, in einer in der „Dresdner Zeitung“ veröffentlichten Erklärung als unbegründet bezeichnet. Insbesondere enthält dieselbe die Versicherung, daß die für Dresden von der nationalliberalen Partei abgeschlossenen besonderen Verträge weiterbestehen und loyal erfüllt werden würden, gleichviel wie die allgemeinen Kartellverhandlungen in Sachsen ausfallen würden. In Dresden Privatmeldungen wird indes behauptet, die Stimmung im „Reichsverein“ sei doch gegen das Eingehen eines Kartells der Nationalliberalen Sachsens mit den Konservativen und den Deutsch-Sozialen für die kommenden Reichstagswahlen gerichtet, vermuthlich werde daher der Reichsverein bei den Wahlen in Dresden mit einer Sonderlandidatur auftreten. — Ein solches Vorgehen der Nationalliberalen in Dresden könnte allerdings nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen und eine Wiederverdrängung derselben aus dem Besitze der von ihnen eroberten beiden Dresdner Reichstagswahlkreise fast unmöglich machen.

In Prag wurde am Montag von einer zahlreich besuchten Versammlung der tschechischen Reichsraths- und Landtagsabgeordneten über die neuen deutsch-tschechischen Verständigungskonferenzen in Wien debattirt. Einstimmig erklärte man sich hierbei gegen die vom Ministerpräsidenten v. Körber den Vertrauensmännern der Deutschen und Czechen bei den Wiener Verhandlungen unterbreiteten Sprachentwürfe, da letztere dem tschechischen Volke feindlich seien. Zuletzt beschloß die Versammlung, daß tschechischerseits ein eigener Entwurf zur Regelung der Sprachfrage ausgearbeitet und in den Wiener Ausgleichskonferenzen vorgelegt werde. — Auf dieses Laborat der Herren Czechen zur Lösung des Sprachstreites in Böhmen kann man einigermaßen gespannt sein!

Das Attentat von Madrid hat nicht dem König Alfonso XIII., sondern dem königlichen Ober-Kammerherrn Herzog von Sotomayor gegolten. Politische Bedeutung besitzt der Vorgang nicht.

Ein offiziöse Madrider Meldung erklärt in der Marokko-Frage, Niemand denke an eine Intervention oder an eine Theilung des Gebietes. Spanien werde seine Positionen behalten und seine Streitkräfte organisiren und vermehren.

In der Lage des Sultans von Marokko soll abermals eine bedenkliche Wendung eingetreten sein, doch gehen die Nachrichten hierüber noch ziemlich wirr durcheinander. Wie eine „Neuter“-Depesche aus Tanger vom 12. d. M. mittheilt, war nach den neuesten Nachrichten aus Fez vom 8. Januar der Sultan eben im Begriff, mit 15 000 bis 20 000 Mann, denen sich verschiedene Verstärkungen angeschlossen, die erst vor Kurzem aus dem Süden eingetroffen sind, gegen den Präsidenten Bu-Hamara zu Felde zu ziehen. Die Mittheilungen über die Abreise der fremden Konsuln aus Fez werden in diesen Nachrichten als unrichtig bezeichnet, wenigstens, soweit der englische Konsul in Betracht kommt. Wie es heißt, befindet sich der Prä-

tendent 30 bis 40 Meilen von der Hauptstadt mit nur kleinem Gefolge, was als ein Beweis dafür gilt, daß er entweder nicht im Stande ist, seine Anhänger über den jetzt von ihnen besetzten Bezirk hinauszubringen oder daß er den Sultan zum Angriff locken will. Die französische militärische Mission ist auf dem Wege nach Fez.

Die entgegenkommendere Haltung des Präsidenten Castro von Venezuela in dem Konflikt seiner Regierung mit den fremden Mächten wird jetzt auch von London aus bestätigt. Wie das „Neuter'sche Bureau“ erfährt, hat die englische Regierung die Note Castros, welche diejenige der Mächte beantwortet, erhalten. Die Antwort Castros ist derart, daß sie die Abhaltung einer Besprechung zwischen den diplomatischen Vertretern der Mächte vor der Ueberweisung des Streites an das Haager Schiedsgericht ermöglicht. Es heißt, die Blockade werde nicht eher aufgehoben werden, als bis die Mächte die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß eine derartige Maßnahme ihre Interessen nicht schädige. — Jedenfalls ist eine solche Vorsicht gegenüber Venezuela durchaus angebracht.

### Ueber den Stand der Angelegenheiten der Kronprinzessin von Sachsen

erfährt das Wiener Tageblatt weitere Einzelheiten: „So werde der sächsische Kronprinz baldigst dem Kaiser Franz Josef einen Besuch abstatten, und bei dieser Gelegenheit solle die Ehetrennung besprochen werden. Auf beiden Seiten sei gegenwärtig eine sehr verhöfliche Stimmung zu konstatiren, und insbesondere sei von Seiten der Kronprinzessin der direkte Wunsch ausgesprochen worden, die Angelegenheit in ein ruhiges Fahrwasser zu leiten. Von seiten des toscanischen Hofes werden Schritte unternommen, um die Abberufung des sächsischen Kriminalbeamten Schwarz, der mit einem direkten Verhaftsbefehl versehen war und in Genf weilte, zu veranlassen. Wenn, wie es wahrscheinlich sei, ein stiller und ruhiger Ausgleich zwischen dem Kronprinzenpaar zustande komme, so sei dies den Bemühungen einer fürstlichen Dame beim Kaiser Franz Josef zu verdanken, und der Termin für die Ehetrennung werde nicht zur gegenwärtig bestimmten Zeit stattfinden, sondern verschoben werden. Die Kronprinzessin werde dann auf der Besitzung eines bekannten feudalen Fürsten, welche dieser zur Verfügung stellte, in Böhmen nahe der sächsischen Grenze Wohnung nehmen. Die Meldung, daß die Kronprinzessin aus Noth ihren Schmuck habe verkaufen müssen, sei unbegründet. Ebenso habe die Kronprinzessin von Giron nicht einen Pfennig zum Unterhalt angenommen. Wir schließen hieran noch nachstehende weitere Mittheilungen:

Dresden, 12. Jan. Nach Ansicht eines hiesigen bedeutenden Frauenarztes, der ein gewichtiges ärztliches Urtheil bezüglich der Kronprinzessin abgeben kann und darf, ist eine Suggestion Giron's auf die Kronprinzessin durchaus nicht ausgeschlossen, und man könne im Hinblick auf ihre vielen Schwangerschaften und den jetzigen Zustand die Gesundheit der Prinzessin als gefährdet ansehen.

Ueber Giron's Berufung an den Dresdener Hof stellt der hochkonservative „Reichsboten“ einmal alle bekannt gewordenen Einzelheiten zusammen und führt dann weiter aus: Der ultramontane Prinz Mar von Sachsen, der in der „Liberté“ Giron als Freigeist ausgiebt, muß doch zugestehen, daß er vor Antritt seiner Stellung einige Zeit in dem berühmten belgischen Kloster